

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amthliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125. Postfachkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Nr. 131.

Dienstag, den 26. August 1924.

96. Jahrgang.

Oesterreichs Diktatoren.

17. Aus Wien wird uns berichtet: Als Aufruf zur Völkereinkaufsaktion hat der Völkereinkaufskommissioner Dr. Zimmermann einen Rechenschaftsbericht der Öffentlichkeit übergeben, der eine scharfe Kritik der von ihm dauernd kontrollierten Regierung enthält. Zunächst wendet er sich gegen die Erhöhung der Beamtengehälter und gegen die Erhöhung der Renten für Kriegsbeteiligte. Nach Zimmermann darf ein Staat, der unter Finanzkontrolle steht, derartige Ausgaben nicht machen, selbst wenn sie notwendig sind, um große Bevölkerungskreise vor dem Hunger zu schützen. Wichtig ist, was er zur Kreditfrage sagt. Der Völkereinkaufskredit hatte dem Lande ebenso wie privates Kapital im Vorjahre die Währung stabilisiert. Bald sollte — das muß offen ausgegeben werden — an der Wiener Börse eine Währungs-Spekulation ein. Das Ausland, dessen sich Zimmermann annimmt, hatte im Frühjahr 1923 österreichische Wertpapiere sehr niedrig gekauft (was es heute auch in Deutschland tut), und Oesterreich mußte später seine eigenen Wertpapiere viel teurer zurückkaufen. Die Differenz schuldete die ausländische Spekulation auf Kosten des armen Oesterreichs. Auch durch die leichtfertige Frankenspekulation der Wiener Börsenjobber nahmen die flüssigen Mittel ab. Die Folge war der Zusammenbruch von Banken, die Zurückziehung der Bankengeldnoten durch das Publikum. Etwas hat sich zwar die Lage gebessert, aber bei der Nationalbank hat der Barschat eine weitere Verringerung erfahren und die Anzahl der Wechselportefolien hat zugenommen. Als Abwehrmittel erhöhte die Nationalbank am 5. Juni den Es-komplexzinsfuß von 9 auf 12 %. Die Bankleitung war gegen eine weitere Erhöhung, kapituliert aber vor Zimmermann, der eine Erhöhung von 15 % verlangte. Das Verlangen wurde damit begründet, eine solche Erhöhung des Zinsfußes, verbunden mit einer strengen Zensur des eingereichten Wechselmaterials, sichere die Währung und erhöhe das Vertrauen des Auslandes. Die Nationalbank ist heute die einzige österreichische Kreditquelle und somit liegt es auf der Hand, daß durch diese ungeheuerliche und sachlich kaum begründete Zinserhöhung die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft noch weiter unterbunden wird.

Merkwürdig ist die Reinigung Oesterreichs von Schieberelementen unbedingt notwendig. Der Wiener Boden ist ein Dorado für die übelste Spekulation gewesen. Die Bosell und Castiglioni standen sich gut vor allem mit den sozialistischen Machthabern. Welche Dinge vorgekommen sind, beweisen die Wöllersdorfer Affäre und der Fall Dr. Braun-Stammfest. Zwei leitende Direktoren der Wiener Kaufmannsbank sind plötzlich entlassen worden, weil sie die Fälsche der eigenen und fremden Mittel der Bank diesem Braun überlassen hatten. Braun war ferner Vizepräsident der Wiener Handelskreditbank. Er hat sie um Milliarden Kronen geschädigt und ist jetzt unter Auflage gestellt worden. Noch standhafter ist aber die Affäre von Wöllersdorf. Sie ist ein Nationalkönig von Schiebereien auf Kosten des Staates und wagt sich, nachdem das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung bekannt wurde, zu einem riesenhaften Korruptionsstratagem aus, mit dem Angehörige aller österreichischen Parteien aufzunehmen. Im Vorbergründ steht, wie bekannt, ein Mitglied der in den 70er Jahren nach Breslau eingewanderten böhmischen Judenfamilie Eliaz, Leon Eliaz, der noch 1914 in Berlin fruchtlose Pfandungen über sich ergehen lassen mußte. Die Wöllersdorfer Werke beschäftigten im Kriege 45 000 Arbeiter. Nach dem Kriege waren sie mit 5000 Arbeitern sozialisiert worden und kosteten dem Staate infolge der Betriebsrätepolitik monatlich bis über 2 Millionen Goldkronen. Die Berliner A.G. hatte nach einem sechsmonatigen Versuch, in privatwirtschaftlicher Form die Werke unter staatlicher Beteiligung rentabel zu gestalten, sich zurückgezogen. Der frühere Preisverleher und jetzige Gg. Kommerzienrat Pochwabs brachte es fertig, daß die Eliazgruppe (sozialistisch) und die des Ingenieurs von Adler (großdeutsche Volkspartei) das Aktienpaket der A.G. übernahmen. 44 % aller Aktien erhielt Eliaz, der Staat behielt nur 33 %. Präsident der neuen Gesellschaft wurde ein Christlich-sozialer, Baron Wittner. Sofort ging die Schiebung los. Adler bezog für seine eigenen Werke nach den Ergebnissen der Untersuchung mindestens 40 Waggons Maschinen und Materialien aus Wöllersdorf, ohne etwas dafür zu bezahlen. Ueberdies strich er von der Eliazgruppe etwa 7 Millionen an Provision ein. Da für ließ er u. a. zu, wie die Wirtschaftspolizei feststellte, daß die Eliazgruppe etwa 1000 Waggons Blei, Messing, Eisen usw. und Maschinen für den zehnten Teil des Tagespreises an eine schleunigst gegründete Zweigfabrik, der Iron Metall W.-G. verschob. Bald darauf wurde gegen Eliaz u. a. Strafanzeige erstattet.

Die Debatte über die Regierungserklärung.

Die Deutschnationalen lehnen ab. — Die Erklärung der übrigen Parteien. — Entgegnung des Kanzlers.

Deutscher Reichstag.

(23. Sitzung vom Montag, den 25. August.)

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Marx, Innenminister Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann, Finanzminister Dr. Luther, Ernährungsmminister Graf Kanitz, Arbeitsminister Dr. Brauns.

Präsident Wallat eröffnet die Sitzung um 12.25 Uhr und teilt mit, daß der Gesetzentwurf der Zölle und Umsatzsteuer dem Reichstage zugegangen ist. Der Präsident stellt fest, daß der Fortgang der wichtigen Verhandlungen nicht durch lange Geschäftsordnungsdebatten stören lassen werde. (Beifall.)

Darauf beginnt die Besprechung der Regierungserklärung. Mit dieser Besprechung werden verbunden die erste und zweite Lesung sämtlicher Gesetzentwürfe, die mit dem Londoner Abkommen in Verbindung stehen.

Die deutschnationale Erklärung.

Als erster Redner nimmt das Wort Abg. Hergt (Dn.). Er erinnert daran, daß in der großen Reichstagsdebatte vor London der Abgeordnete Schulz-Bromberg als Sprecher der Deutschnationalen Fraktion bei der Stellungnahme zu dem Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten erklärt habe, damals sei noch nicht der rechte Zeitpunkt gewesen, zu der Frage, ob man der Regierung ein Vertrauens- oder ein Mißtrauensvotum erteilen solle, Stellung zu nehmen. Die Entscheidung werde zu fällen sein, wenn die Herren aus London zurückgekehrt sind.

Heute sind, so fährt der Redner fort, die Herren aus London zurückgekehrt, und heute sind wir Deutschnationalen zu unserem Bedauern — ich stelle das ausdrücklich fest — leider genötigt, unser Mißtrauen nach verschiedenen Richtungen hin zum Ausdruck zu bringen. Deutschnationalen empfinden wir gegenüber dem Verhalten der deutschen Delegation in London gegenüber dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen und nicht zuletzt gegenüber den Reden, die vorgelesen hier von der Regierung gehalten wurden und die gegen die nationale Opposition gerichtet waren. Das es denn keine Möglichkeit, zusammenzugehen mit der nationalen Opposition zum Zwecke einer erfolgreichen Außenpolitik? Es ist durchaus richtig, daß der Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete in London erst beginnt, aber dann wäre es nötig gewesen, die Waffen für den Kampf zu schärfen und nicht abzustumpfen. Wir können es nicht billigen, wenn immer wieder das besetzte Gebiet gegen Gesamtdeutschland ausgespielt wird. Wenn Dr. Stresemann immer wieder auf die Bedeutung der legalen Machtverhältnisse verwies, so lag darin eine Verleumdung der Siegeshaftigkeit des Völkereinkaufs, der Deutschlands einzige Waffe ist. Aus den Ministerreden entsetzt der Eindruck, daß die gegenwärtige Regierung gegen die Wirtschaft regiert (Zustimmung rechts).

Unsere nationale Opposition war die größte Stütze für die deutsche Delegation in London. Ihr hat sie die Erfolge zu verdanken, die sie in gewissem Umfang erreicht hat. Es wurde in London viel zu viel Rücksicht auf die Persönlichkeit Herriots genommen. Wir vermüssen auch die richtige Ausnutzung der Stellungnahme der Bankiers. Die deutsche Delegation hätte erklären müssen, daß sie sich bei einer Fortsetzung der Ruhestimmung nur einem Diktat fügen könne. Solange noch ein Franzose im Lande steht, müssen handelspolitische Verhandlungen abgelehnt werden. (Beifall rechts.) Die französischen Forderungen für die Räumung von Dörselhof sind viel zu unbefristet. MacDonald hat in seinem Briefe an Herriot den Reichstagspunkt sehr gut betont. Das hätte die deutsche Delegation tun müssen! Die Räumung der Kölner Zone wird von der Abrüstung abhängig gemacht. Die Abrüstung ist doch vorgenommen! Hier rächt sich schon die Zustimmung der Regierung zur Militärkontrolle. Der Reichskanzler hätte als treuer Rheinländer wenigstens erreichen müssen, daß die bisherige Auslegung des Rheinlandabkommens aufhört. Wir wollen dort deutsche Beamte. (Beifall rechts.) Die Kriegsschuldenfrage hätte an erster Stelle stehen müssen. Wenn die anderen hinausgekauften wären, hätte ich als deutscher Unterhändler dennoch weitergesprochen (Beifall rechts). Der Redner kritisiert dann die Einzelheiten des Sachverständigenrats. Das deutsche Volk werde auf die Stufe eines afrikanischen Negerstammes gedrückt. Den Deutschnationalen bleibe kein anderer Weg als die Ablehnung aller Gutachten.

Das Ziel unserer Opposition ist die Herbeiführung neuer Verhandlungen mit einem für Deutschland günstigen Ergebnis. Dadurch, daß man dauernd Zwietracht in die Reihen der Deutschnationalen zu säen versucht, verhindert man eine vernünftige Einheitsfront aus parteipolitischen Rücksichten. Die Arbeiter, die der sozialdemokratischen Parole folgen, werden das noch in tiefem Schmerze erfahren. Unsere Parole ist: Für Einheit und Recht und Freiheit! (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Hildebrand (Soz.) hebt hervor, daß der Vorredner manches gesagt habe, was darauf hinausläufe, daß seine Fraktion sich ablehnend verhalte. Aber die Frage nach der Haltung bei der Abstimmung selbst habe er nicht beantwortet. Der Redner erklärt, daß auch die Sozialdemokraten mit der jetzigen Lösung nicht zufrieden seien, da sie keine Lösung vom Standpunkt der Arbeiterklasse sei, aber die Ablehnung des Gutachtens würde die Krisis verschärfen. Auch er sehe in dem Ergebnis nur den Anfang zu neuen Verhandlungen; aber dieser Anfang müsse gemacht werden. Das Abkommen bringe keine Verschlechterungen gegenüber der jetzigen Situation. Schon der Fortfall der Bindungen durch die Mißtrauensverträge bedeute eine Verbesserung. Der Redner hebt dann im einzelnen die Verbesserungen hervor, die durch das Londoner Abkommen geschaffen worden seien. Die Deutschnationalen handelten mit ihrer Ablehnung nicht als verantwortliche Opposition, sondern als Gefahrdeute. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt würde sich gegen Deutschland wenden. Die Haltung der Kommunisten spreche nur den außenpolitischen Interessen der russischen Regierung. Der Preis für die deutschnationale Zustimmung erscheint den Sozialdemokraten zu hoch. Der Preis des Bürgerblocks würde das ganze Friedenswerk gefährden. Eine Bürgerblockregierung würde auch die kommenden handelspolitischen Verhandlungen sehr erschweren. Der Redner fordert Auflösung des Reichstages. Der Präsident ruft einen nationalsozialistischen Abgeordneten zur Ordnung, als er dem Redner „Saufide“ zugerufen hatte.

Abg. Dr. Koss (Dn.) erklärt, daß es an der Zeit sei, die Opposition nicht gefesselt habe. Positive Vorschläge zur Verbesserung seien dagegen nicht gemacht worden. In dieser Hinsicht sei die Opposition bereits fertig. Es seien in London zweifellos unbefriedigbare Verbesserungen erreicht worden, die die Opposition nicht aus der Welt schaffen könne. Herr Hergt könne doch nicht ernsthaft glauben, daß er mehr erreicht hätte als bei Männern wie Herriot und MacDonald, die seiner Auffassung doch sehr fernstehen. Trotz schwerster Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Gutachtens in einzelnen Teilen werde das Zentrum die Vorlage annehmen. Der Entschluß sei nicht leicht geworden, aber ein Nein wäre die Verflachung unserer letzten Volkstrübsal, die Preisgabe der besetzten Gebiete. Die neue erfreuliche Entwicklung in Frankreich dürfe nicht durch Fehler von unserer Seite gestört werden. Die Wölle einer Reparationsprovinz, die das besetzte Gebiet als Folge der glatten Ablehnung übernehmen müßte, könne das Zentrum nicht billigen. Das deutsche Volk sei zur Solidarität in der Frage der Rentenverteilung verpflichtet. London sei nur der Anfang. Das Zentrum werde die Regierung in einer Entschleunigung erfordern, in diesem Sinne weiterzuarbeiten, im Interesse des arbeitenden Volkes. Das Zentrum werde von dem Bestreben geleitet, die Reichseinheit zu sichern.

Abg. Frau Göttsche-Muth Fischer (Komm.) zweifelt nicht daran, daß das Gutachten in Deutschland durchgeführt wird, nachdem solange die Reichsregierung dafür gerufen wurde. Am eifrigsten habe sich dabei der unbehagbare Later der deutschen Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, gezeigt. Die Rednerin führt von einer falligen Überlegung des französischen Textes über die Räumung. Tatsächlich verspreche Herriot nur, nach einem Jahre zur militärischen Räumung zu schreiten, und nicht, innerhalb eines Jahres diese vorzunehmen. Für Deutschland gebe es nur eine Lösung: Statt des Diktats unter dem Druck des Kapitalismus ein Bündnis mit Rußland anzunehmen. Rettung bringe nicht London, Rettung bringe Moskau.

und Recht und Freiheit! (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Hildebrand (Soz.) hebt hervor, daß der Vorredner manches gesagt habe, was darauf hinausläufe, daß seine Fraktion sich ablehnend verhalte. Aber die Frage nach der Haltung bei der Abstimmung selbst habe er nicht beantwortet. Der Redner erklärt, daß auch die Sozialdemokraten mit der jetzigen Lösung nicht zufrieden seien, da sie keine Lösung vom Standpunkt der Arbeiterklasse sei, aber die Ablehnung des Gutachtens würde die Krisis verschärfen. Auch er sehe in dem Ergebnis nur den Anfang zu neuen Verhandlungen; aber dieser Anfang müsse gemacht werden. Das Abkommen bringe keine Verschlechterungen gegenüber der jetzigen Situation. Schon der Fortfall der Bindungen durch die Mißtrauensverträge bedeute eine Verbesserung. Der Redner hebt dann im einzelnen die Verbesserungen hervor, die durch das Londoner Abkommen geschaffen worden seien. Die Deutschnationalen handelten mit ihrer Ablehnung nicht als verantwortliche Opposition, sondern als Gefahrdeute. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt würde sich gegen Deutschland wenden. Die Haltung der Kommunisten spreche nur den außenpolitischen Interessen der russischen Regierung. Der Preis für die deutschnationale Zustimmung erscheint den Sozialdemokraten zu hoch. Der Preis des Bürgerblocks würde das ganze Friedenswerk gefährden. Eine Bürgerblockregierung würde auch die kommenden handelspolitischen Verhandlungen sehr erschweren. Der Redner fordert Auflösung des Reichstages. Der Präsident ruft einen nationalsozialistischen Abgeordneten zur Ordnung, als er dem Redner „Saufide“ zugerufen hatte.

Abg. Dr. Koss (Dn.) erklärt, daß es an der Zeit sei, die Opposition nicht gefesselt habe. Positive Vorschläge zur Verbesserung seien dagegen nicht gemacht worden. In dieser Hinsicht sei die Opposition bereits fertig. Es seien in London zweifellos unbefriedigbare Verbesserungen erreicht worden, die die Opposition nicht aus der Welt schaffen könne. Herr Hergt könne doch nicht ernsthaft glauben, daß er mehr erreicht hätte als bei Männern wie Herriot und MacDonald, die seiner Auffassung doch sehr fernstehen. Trotz schwerster Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Gutachtens in einzelnen Teilen werde das Zentrum die Vorlage annehmen. Der Entschluß sei nicht leicht geworden, aber ein Nein wäre die Verflachung unserer letzten Volkstrübsal, die Preisgabe der besetzten Gebiete. Die neue erfreuliche Entwicklung in Frankreich dürfe nicht durch Fehler von unserer Seite gestört werden. Die Wölle einer Reparationsprovinz, die das besetzte Gebiet als Folge der glatten Ablehnung übernehmen müßte, könne das Zentrum nicht billigen. Das deutsche Volk sei zur Solidarität in der Frage der Rentenverteilung verpflichtet. London sei nur der Anfang. Das Zentrum werde die Regierung in einer Entschleunigung erfordern, in diesem Sinne weiterzuarbeiten, im Interesse des arbeitenden Volkes. Das Zentrum werde von dem Bestreben geleitet, die Reichseinheit zu sichern.

Abg. Frau Göttsche-Muth Fischer (Komm.) zweifelt nicht daran, daß das Gutachten in Deutschland durchgeführt wird, nachdem solange die Reichsregierung dafür gerufen wurde. Am eifrigsten habe sich dabei der unbehagbare Later der deutschen Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, gezeigt. Die Rednerin führt von einer falligen Überlegung des französischen Textes über die Räumung. Tatsächlich verspreche Herriot nur, nach einem Jahre zur militärischen Räumung zu schreiten, und nicht, innerhalb eines Jahres diese vorzunehmen. Für Deutschland gebe es nur eine Lösung: Statt des Diktats unter dem Druck des Kapitalismus ein Bündnis mit Rußland anzunehmen. Rettung bringe nicht London, Rettung bringe Moskau.

Abg. Dr. Curtius (Deutsche Volksp.) bezeichnet eine Ablehnung des Gutachtens als unmöglich. Auch bei seinen Freunden habe das Londoner Ergebnis in vielen Punkten Enttäuschung und Erbitterung hervorgerufen, aber die Regierung habe keine andere Haltung einnehmen können. Die 7 Punkte der Deutschnationalen hätten ihren Zweck erfüllt und gehörten jetzt der Geschichte an. Die Annahme des Abkommens sei entschieden das kleinere Übel. London sei die erste Etappe auf dem Wege des Wiederaufbaues und der Befreiung Deutschlands. Nach Räumung der Dortmund-Zone müsse die Regierung dahin wirken, daß recht bald eine weitere Etappe folge. Unsere Schritte seien nicht zuletzt der Fähigkeit zu verdanken, die die Männer der Roten Erde in ihrer Treue zum Vaterlande bewiesen hätten. (Beifall.) Vor allem müsse die sofortige Räumung des gesamten besetzten Gebietes verlangt werden, wenn die anderen handelspolitischen Verhandlungen führen wollen. Der Redner erinnert daran, wie auch Preußen einst die Lasten Schlesiens übernahm, um die Provinz zu erhalten, und betont, daß es ebenso mit Ruß und Rhein gehalten werden müsse.

Abg. Dr. Curtius (Deutsche Volksp.) bezeichnet eine Ablehnung des Gutachtens als unmöglich. Auch bei seinen Freunden habe das Londoner Ergebnis in vielen Punkten Enttäuschung und Erbitterung hervorgerufen, aber die Regierung habe keine andere Haltung einnehmen können. Die 7 Punkte der Deutschnationalen hätten ihren Zweck erfüllt und gehörten jetzt der Geschichte an. Die Annahme des Abkommens sei entschieden das kleinere Übel. London sei die erste Etappe auf dem Wege des Wiederaufbaues und der Befreiung Deutschlands. Nach Räumung der Dortmund-Zone müsse die Regierung dahin wirken, daß recht bald eine weitere Etappe folge. Unsere Schritte seien nicht zuletzt der Fähigkeit zu verdanken, die die Männer der Roten Erde in ihrer Treue zum Vaterlande bewiesen hätten. (Beifall.) Vor allem müsse die sofortige Räumung des gesamten besetzten Gebietes verlangt werden, wenn die anderen handelspolitischen Verhandlungen führen wollen. Der Redner erinnert daran, wie auch Preußen einst die Lasten Schlesiens übernahm, um die Provinz zu erhalten, und betont, daß es ebenso mit Ruß und Rhein gehalten werden müsse.

um den deutschen Rhein und die deutsche Freiheit zurückzugewinnen.

Abg. Wille (nat.-soz.) bezeichnet das Londoner Abkommen als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse. Auch das Sachverständigenrat habe von der Schuldfrage aus. Die freiwillige Unterzeichnung unter das Abkommen sei geradezu landesverräterisch. Der Redner bezeichnet den Kommissar über den deutschen Haushalt als den ungekrönten König Deutschlands. Die Geschichte kenne kein Beispiel, daß in einem unterworfenen Volk freiwillig die Verantwortung auf sich genommen habe. Aus Stresemanns Silberstreifen sei ein Silberstreifen geworden. Die Sozialdemokratie erblicke jetzt die einzige Rettung Deutschlands in dem internationalen Judenkapital. Die Judenfrage habe den Krieg angezettelt. Darum verbinde sie jetzt eine Auflösung der Schuldfrage. Der Verzichtungsabstand der Regierung müsse endlich ein Ende gemacht werden. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Erckens (Dem.) erklärt, wie Voltaire in Frankreich, so hätten auch die deutschen Nationalisten abgewirtschaftet. Der Redner erklärt, daß der neue Geist, der von London ausgehen solle, sich besonders bei der Rückkehr der Ausgewiesenen und in dem Auftreten der Besatzungstruppen auswirken werde. Es sei schwer, sich mit der verlängerten Ruhrbesetzung abzufinden, aber die Aussicht auf ihr Verschwinden habe große feierliche Einwirkungen auf die Bevölkerung haben. Das Rheinland sei den Herren, die in London verhandelt haben, besonders empfohlen worden. Die Deutschnationalen haben den besten und das beste Gebiet preisgegeben. Herr Hergt sei ein schlechter Prophet. Das habe sich schon im Kriege gezeigt, als er einen großen Erfolg des U-Bootkrieges prophezeite. Das Londoner Abkommen sei eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft.

Die Entgegnung des Kanzlers.

Reichskanzler Marx behauptet die Angriffe des Abg. Hergt auf den Reichspräsidenten. Es sei unwahr, daß der Reichspräsident sich nicht von sachlichen Erwägungen, sondern von taktischen und parteipolitischen Gründen habe leiten lassen. Eine Partei, die wie die Deutschnationalen für die Staatsautorität eintreten will, sollte nicht in dieser Weise die Staatsautorität inschlagen. Es sei auch unwahr, daß der Reichspräsident im Mai bei den Verhandlungen ein Ultimatum gestellt habe. — Der Kanzler wendet sich dann gegen den Abg. Wille und entgegnet ihm, daß die Reichsregierung bei wieder eintretender Gelegenheit die Kriegsschuldfrage in entscheidender Weise aufräumen werde. Diese Frage kann aber nicht mit Schlagworten gelöst werden, sondern nur auf dem Wege strenger historisch-wissenschaftlicher Forschungen. (Beifall rechts.) Auch Wölfschüren und Flugblätter über diese Frage seien verbreitet worden. Herr Wille habe sich nur auf eine negative Politik beschränkt, ohne einen Weg auszugeben, was dann geschehen soll, wenn die Vorlagen abgelehnt werden. Ein starkes Stück sei es auch, zu behaupten, daß wir uns bezüglich der Räumung des Ruhrgebietes mit einer verbindlichen Erklärung Herriots begnügen hätten. Unter den Urkunden befindet sich eine ausdrückliche schriftliche Erklärung des französischen und belgischen Ministerpräsidenten, in der die Räumung des Ruhrgebietes in der nächsten Zeit von einem Jahr zugelangt wird. (Zuruf des Abg. Wille: Die ist aber doch kein Vertrag!) Durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls ist diese Erklärung ein Teil des Abkommens geworden. Alles, was geschieht, soll mit dem Geiste der Friedfertigkeit und Loyalität vollzogen werden. Die Reichsregierung ist voll und ganz gewillt, das Dawesgutachten mit aller Loyalität und friedfertiger Gesinnung zur Durchführung zu bringen, soweit es im Bereiche ihrer Möglichkeit liegt. Die Reichsregierung ist dazu entschlossen. Ich hoffe, daß der Reichstag sie dabei unterstützen wird. (Beifall in der Mitte.)

Der Reichskanzler stellt dann fest, daß die Nationalsozialisten des besetzten Gebietes die Zustimmung zum Gutachten verlangen haben. Er fährt dann fort: Ich lege Wert darauf, unsere Lage vor dem deutschen Volk völlig klar und offen darzustellen. Leider ist in den letzten Jahren das deutsche Volk nicht immer vor die wahren Tatsachen gestellt worden. Man hat es mehrfach nicht gewagt, dem Volke den ganzen Ernst der Situation zu zeigen. Durch ein Fanfaren- und Trompetengeschmetter hat man das deutsche Volk in eine Begeisterung hineingetragen, die sich bald als wenig angebracht erwies. Von der Regierungserklärung vom Sonnabend ist nicht das Geringste zurückzunehmen. Ich muß einmal ganz offen erklären, daß ich allerdings außerordentlich pessimistisch in die Zukunft sehe, wenn das Gutachten abgelehnt wird und der Londoner Vertrag scheitert. Dann scheint mir allerdings alles aus zu sein. (Lebhafter Beifall.) (Zuruf des Abg. Wille: Aber glaubt man, daß in zwei Monaten eine neue Londoner Konferenz zustande kommt.) Von der nächsten wird uns vorgeworfen, daß wir den fleißigsten Reichsgeheimen hätten aufzuheben zurücktreten lassen und gerade von der nächsten hin mit lauten Hohnschlägen empfangen worden, als ich vor einigen Tagen von Belgien und Frankreich sprach. Unbegreiflich ist auch der Vorwurf, daß wir die Schuld an der Einheitsfront der Alliierten trügen, die uns gegenüberstand. Neben, wie Sie Herr Wille gehalten hat, scheinen mir allerdings sehr geeignet, die alliierte Einheitsfront zu stärken. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich habe wiederholt feststellen können, daß sich die National-

vordrängiges Gedot. Neue Ware geschaffenheit sehr der ziemlich lebter war gefragt notierten: Inf. 16—17, 18—19, 20—21, 22—23, 24—25, 26—27, 28—29, 30—31, 32—33, 34—35, 36—37, 38—39, 40—41, 42—43, 44—45, 46—47, 48—49, 50—51, 52—53, 54—55, 56—57, 58—59, 60—61, 62—63, 64—65, 66—67, 68—69, 70—71, 72—73, 74—75, 76—77, 78—79, 80—81, 82—83, 84—85, 86—87, 88—89, 90—91, 92—93, 94—95, 96—97, 98—99, 100—101, 102—103, 104—105, 106—107, 108—109, 110—111, 112—113, 114—115, 116—117, 118—119, 120—121, 122—123, 124—125, 126—127, 128—129, 130—131, 132—133, 134—135, 136—137, 138—139, 140—141, 142—143, 144—145, 146—147, 148—149, 150—151, 152—153, 154—155, 156—157, 158—159, 160—161, 162—163, 164—165, 166—167, 168—169, 170—171, 172—173, 174—175, 176—177, 178—179, 180—181, 182—183, 184—185, 186—187, 188—189, 190—191, 192—193, 194—195, 196—197, 198—199, 200—201, 202—203, 204—205, 206—207, 208—209, 210—211, 212—213, 214—215, 216—217, 218—219, 220—221, 222—223, 224—225, 226—227, 228—229, 230—231, 232—233, 234—235, 236—237, 238—239, 240—241, 242—243, 244—245, 246—247, 248—249, 250—251, 252—253, 254—255, 256—257, 258—259, 260—261, 262—263, 264—265, 266—267, 268—269, 270—271, 272—273, 274—275, 276—277, 278—279, 280—281, 282—283, 284—285, 286—287, 288—289, 290—291, 292—293, 294—295, 296—297, 298—299, 300—301, 302—303, 304—305, 306—307, 308—309, 310—311, 312—313, 314—315, 316—317, 318—319, 320—321, 322—323, 324—325, 326—327, 328—329, 330—331, 332—333, 334—335, 336—337, 338—339, 340—341, 342—343, 344—345, 346—347, 348—349, 350—351, 352—353, 354—355, 356—357, 358—359, 360—361, 362—363, 364—365, 366—367, 368—369, 370—371, 372—373, 374—375, 376—377, 378—379, 380—381, 382—383, 384—385, 386—387, 388—389, 390—391, 392—393, 394—395, 396—397, 398—399, 400—401, 402—403, 404—405, 406—407, 408—409, 410—411, 412—413, 414—415, 416—417, 418—419, 420—421, 422—423, 424—425, 426—427, 428—429, 430—431, 432—433, 434—435, 436—437, 438—439, 440—441, 442—443, 444—445, 446—447, 448—449, 450—451, 452—453, 454—455, 456—457, 458—459, 460—461, 462—463, 464—465, 466—467, 468—469, 470—471, 472—473, 474—475, 476—477, 478—479, 480—481, 482—483, 484—485, 486—487, 488—489, 490—491, 492—493, 494—495, 496—497, 498—499, 500—501, 502—503, 504—505, 506—507, 508—509, 510—511, 512—513, 514—515, 516—517, 518—519, 520—521, 522—523, 524—525, 526—527, 528—529, 530—531, 532—533, 534—535, 536—537, 538—539, 540—541, 542—543, 544—545, 546—547, 548—549, 550—551, 552—553, 554—555, 556—557, 558—559, 560—561, 562—563, 564—565, 566—567, 568—569, 570—571, 572—573, 574—575, 576—577, 578—579, 580—581, 582—583, 584—585, 586—587, 588—589, 590—591, 592—593, 594—595, 596—597, 598—599, 600—601, 602—603, 604—605, 606—607, 608—609, 610—611, 612—613, 614—615, 616—617, 618—619, 620—621, 622—623, 624—625, 626—627, 628—629, 630—631, 632—633, 634—635, 636—637, 638—639, 640—641, 642—643, 644—645, 646—647, 648—649, 650—651, 652—653, 654—655, 656—657, 658—659, 660—661, 662—663, 664—665, 666—667, 668—669, 670—671, 672—673, 674—675, 676—677, 678—679, 680—681, 682—683, 684—685, 686—687, 688—689, 690—691, 692—693, 694—695, 696—697, 698—699, 700—701, 702—703, 704—705, 706—707, 708—709, 710—711, 712—713, 714—715, 716—717, 718—719, 720—721, 722—723, 724—725, 726—727, 728—729, 730—731, 732—733, 734—735, 736—737, 738—739, 740—741, 742—743, 744—745, 746—747, 748—749, 750—751, 752—753, 754—755, 756—757, 758—759, 760—761, 762—763, 764—765, 766—767, 768—769, 770—771, 772—773, 774—775, 776—777, 778—779, 780—781, 782—783, 784—785, 786—787, 788—789, 790—791, 792—793, 794—795, 796—797, 798—799, 800—801, 802—803, 804—805, 806—807, 808—809, 810—811, 812—813, 814—815, 816—817, 818—819, 820—821, 822—823, 824—825, 826—827, 828—829, 830—831, 832—833, 834—835, 836—837, 838—839, 840—841, 842—843, 844—845, 846—847, 848—849, 850—851, 852—853, 854—855, 856—857, 858—859, 860—861, 862—863, 864—865, 866—867, 868—869, 870—871, 872—873, 874—875, 876—877, 878—879, 880—881, 882—883, 884—885, 886—887, 888—889, 890—891, 892—893, 894—895, 896—897, 898—899, 900—901, 902—903, 904—905, 906—907, 908—909, 910—911, 912—913, 914—915, 916—917, 918—919, 920—921, 922—923, 924—925, 926—927, 928—929, 930—931, 932—933, 934—935, 936—937, 938—939, 940—941, 942—943, 944—945, 946—947, 948—949, 950—951, 952—953, 954—955, 956—957, 958—959, 960—961, 962—963, 964—965, 966—967, 968—969, 970—971, 972—973, 974—975, 976—977, 978—979, 980—981, 982—983, 984—985, 986—987, 988—989, 990—991, 992—993, 994—995, 996—997, 998—999, 1000—1001, 1002—1003, 1004—1005, 1006—1007, 1008—1009, 1010—1011, 1012—1013, 1014—1015, 1016—1017, 1018—1019, 1020—1021, 1022—1023, 1024—1025, 1026—1027, 1028—1029, 1030—1031, 1032—1033, 1034—1035, 1036—1037, 1038—1039, 1040—1041, 1042—1043, 1044—1045, 1046—1047, 1048—1049, 1050—1051, 1052—1053, 1054—1055, 1056—1057, 1058—1059, 1060—1061, 1062—1063, 1064—1065, 1066—1067, 1068—1069, 1070—1071, 1072—1073, 1074—1075, 1076—1077, 1078—1079, 1080—1081, 1082—1083, 1084—1085, 1086—1087, 1088—1089, 1090—1091, 1092—1093, 1094—1095, 1096—1097, 1098—1099, 1100—1101, 1102—1103, 1104—1105, 1106—1107, 1108—1109, 1110—1111, 1112—1113, 1114—1115, 1116—1117, 1118—1119, 1120—1121, 1122—1123, 1124—1125, 1126—1127, 1128—1129, 1130—1131, 1132—1133, 1134—1135, 1136—1137, 1138—1139, 1140—1141, 1142—1143, 1144—1145, 1146—1147, 1148—1149, 1

sozialistischen des französischen und deutschen Parlamentes gegenständig die Wälle zu werfen. Wir hätten nur die Front der Militierten feierlich geschleitet, wenn wir die Verhandlungen abgebrochen hätten. In der Frage der Räumung kann von einem Umfall keine Rede sein. Die Zustimmung ist erst nach erheblichen Zugeständnissen Herriots, zu denen die Räumung der Ruhrzone und anderer Gebiete gehört, erfolgt. Der Reichskanzler wirft den Nationalsozialistischen Demagogie vor und ruft damit bei diesen einen Sturm der Entrüstung hervor. Der Kanzler erklärt weiter, daß es die Absicht der Regierung gewesen sei, die handelspolitischen Fragen in keiner Weise mit der Räumung zu verknüpfen. Für den Oktober sei die Annahme von handelspolitischen Verhandlungen verprochen worden. Wäre dieses nicht geschehen, so würde man der Regierung heute sicher die Pflichtverletzung vorwerfen. Von der Räumung wird ferner bemängelt, daß wir freiwillig unterschrieben hätten. Ich hätte einmal die Stimmung im Reichstage sehen mögen, wenn wir mit einem Diktat zurückgekommen wären. Wir haben freiwillig unterschrieben, weil wir den Vertrag als den ersten Schritt zur Gesundung des Vaterlandes betrachten. (Sehr lebhafter Beifall in der Mitte und bei den Sozialisten. Gelächter rechts.)

Vizepräsident Dr. Krieger erteilte dem Abgeordneten v. Grafe (Nationalsozialist) einen Ordnungsruf wegen eines Zwischenrufes.

Hg. Dr. Pfleger (Bayerische Volkspartei) erkennt an, daß von der deutschen Delegation große Arbeit geleistet worden sei. Seine Fraktion stimme dem Gesagten zu. Man könne aber nicht mit Vertrauen in die Zukunft blicken, wenn nicht in der Gestaltung der Regierung ein Wandel geschehe. Eine Ministerregierung wäre immer großen Gefahren ausgesetzt.

Hg. Bredt (Wirtschaftliche Vereinigung) bedauerte, daß die sofortige Räumung des Ruhrgebietes nicht erreicht worden sei, stimmte im übrigen aber den Gutachten zu.

Hg. Kunze (Nationalsozialist) lehnte die Gutachten ab.

Damit ist die erste Beratung der Vorlagen erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 26. August. Tagesordnung: 2. Lesung der Gesetze zur Ausführung des Londoner Abkommens.

Schluß abends 11 Uhr.

Beschlüsse des Vorkommensrates.

Berlin, 25. Aug. Der Vorkommensrat des Reichstages beschloß, daß die erste Lesung der Vorlage zur Londoner Konferenz am Montag zu Ende geführt werden soll. Am Dienstag soll die zweite Lesung und die Einzelberatung der verschiedenen Gesetzesentwürfe erfolgen. Die dritte Lesung findet Donnerstag statt. Nach ihrem Abschluß erfolgen dann die verschiedenen Abstimmungen.

Weitere Rundgebungen für Annahme.

W. Berlin, 25. Aug. Aus allen Teilen des besetzten Gebietes sind bei der Reichsregierung weitere Rundgebungen ausgenommen der Annahme des Londoner Abkommens eingegangen. Auch landwirtschaftliche Verbände wandten sich mit derartigen Rundgebungen an die Reichsregierung. Sie klagen alle darin überein, daß trotz der ungeheuren schweren Lasten das Londoner Abkommen einen annehmbaren Weg zum endgültigen Frieden und zur Möglichkeit des allmählichen Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft bietet. Die Fortdauer der Ruhrbesetzung rief allerdings eine große Enttäuschung in den besetzten Gebieten hervor, dennoch würde das Londoner Abkommen die Leiden und die Not des besetzten Gebietes lindern und abtönen. Die Ausgewiesenen erinnern in ihren Rundgebungen an das wiederholte Versprechen der verschiedenen Reichsregierungen, daß für die Befreiung der besetzten Gebiete und den Schutz der Ausgewiesenen kein Opfer zu groß sei. Die Stunde zur Erfüllung dieses Wortes sei gekommen. Durch die Ablehnung des Londoner Abkommens würde die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Befreiung der Gefangenen hinausgeschoben oder gar verhindert werden. Die Tätigkeit der deutschen Delegation, sagen andere Rundgebungen, verdiene dankbare Anerkennung. Die Delegation tat ihr Möglichstes, um zu erreichen, was zu erreichen war. Es sei deshalb die Pflicht jedes wahrhaft nationalempfundenen Deutschen, mit allen Kräften dafür zu sein, daß die Londoner Beschlüsse baldigst in die Tat umgesetzt werden.

Im einzelnen liegen noch folgende Äußerungen zu den Londoner Vereinbarungen vor:

TU. Bonn, 25. Aug. Die Hauptversammlung des 40. Rheinischen Handwerkerkongresses am 24. und 25. August in Bonn gestaltete sich zu einer großen Kundgebung für die Annahme der Londoner Beschlüsse. In der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

In voller Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks richtet der 40. Rheinische Handwerkerkongress an den deutschen Reichstag den dringenden Appell, den Londoner Abmachungen unbedingt zuzustimmen. Der Handwerker fordert die Annahme der mit dem Sachverständigenrat zusammenhängenden Gesetze.

W. Köln, 25. Aug. Der rheinische Städte- tag in Köln sandte an den Reichstag ein Telegramm, in dem er trotz aller entgegenstehenden Bedenken im Hinblick auf die völlig zerstörte Wirtschaft um dringende Annahme der Londoner Abmachungen bittet.

Berlin, 25. Aug. Die Industrie- und Handelskammern zu Essen, Duisburg, Rheydt und Düsseldorf haben in Telegrammen an die Reichsregierung sich trotz schwerer Bedenken für die Annahme der Londoner Vereinbarungen aus gesprochen.

W. Berlin, 25. Aug. Das Präsidium des Sanfahubandes hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die nach einem Einspruch gegen die Fortdauer der militärischen Besetzung an den Reichstag die dringende Aufforderung richtet, die Dawesgesetze anzunehmen.

Owen Young vorläufig Generalagent.

Paris, 25. Aug. Nach einer Meldung der Chicago Tribune hält sich das ehemalige amerikanische Mitglied des ersten Sachverständigenausschusses Owen Young bereits in Paris auf. Er wird von der Reparationskommission offiziell befragt werden, ob er bereit sei, den im Sachverständigenrat vorgegebenen Posten eines Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen anzunehmen. Nach

Eine neue Rede Herriots.

Nachmalige Verteidigung der Londoner Abmachungen. — Die Stellungnahme der Opposition.

TU. Paris, 24. Aug. Die Kammer setzte heute nachmittag die Interpellationsdebatte über London fort. Du Bois, der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, verteidigte diese gegen die gestrigen Angriffe Blums. Als Du Bois betonte, daß wenn Deutschland den Verpflichtungen aus dem Dawesplan nicht nachkäme, von selbst der deutsche Zahlungsplan vom Jahre 1921 in Kraft tritt, wiederholte Herriot die Versicherung, daß in der Tat dieser Zahlungsplan fortbestehe.

In der Nachmittagsansprache sprach der frühere Minister für die befreiten Gebiete Reibel. Er stimmte dem Dawesplan prinzipiell zu, ging aber von dem Gedanken aus, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebietes die notwendige Garantie für die Durchführung des Dawesplans werden müssen. Wenig einverstanden erklärte sich Reibel mit der wichtigen Rolle, die die Bankiers in London gespielt hätten. Der unterbrach ihn Herriot mit dem Bemerkten, daß die frühere Regierung, auf der auch Reibel gestanden, mit den Bankiers noch viel enger zusammen gearbeitet habe. Reibel schloß mit der Erklärung, daß der Dawesplan das Beste von allem sei, das man bisher kennen gelernt habe, daß aber die Verträge von London keine Ausführungskommissionen und ein bestimmtes Maß an London nicht ausstimmten könnten.

Louis Marin mißbilligte ebenfalls die Londoner Verträge.

Im Verlauf der weiteren Debatte erklärte General Destier, daß Marshall Foch die im Versailler Vertrag vorgesehenen Sicherungen für Frankreich durchaus als genügend erachte, und erklärte, daß dem Ruhrgebiet nicht die überragende Bedeutung zukomme, die man ihm allgemein zuschreibe. General Nollet erklärte sodann, daß er in Unterredungen mit MacDonald und Herriot sich erreicht habe, daß auch die Kölner Zone nicht hergeräumt würde, bis Deutschland vollständig unterworfen sei. (Sehr lebhafter Beifall auf allen Bänken.)

Die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten

Damit war die Reihe der Anfragen erschöpft. Von verschiedenen Seiten wurde die Unterbrechung der Sitzung verlangt, als Herriot auf der Tribüne erschien, um in einer Schlussrede auf die Anfragen einzugehen. Er erklärte in seinen Ausführungen, daß er immer der Ansicht gewesen sei, daß die Fragen der auswärtigen Politik über Parteifragen stehen müssen. Den Interpellanten antwortete er, daß auch sie, als sie von der Ruhrbesetzung sprachen, sich darüber klar gewesen sind, daß er, der französische Ministerpräsident, sich planen mußte, mit dem Rücken gegen eine Wand gedrückt und zwar eine Wand, die er nicht erreicht hatte. Dem Lande müsse die Wahrheit gesagt werden.

Auf das Räumungsproblem übergehend, sagte Herriot, daß dies ein Wirtschaftsprüfung sei. Er fuhr fort: Es war paradox, daß man von Deutschland zahlreiche Milliarden herausziehen wollte, ohne vorher seine Wirtschaftslage saniert zu haben. Der Sachverständigenplan beruht nicht auf Zwangsmassnahmen. Er kann sich nur auswirken, wenn die Annäherung zwischen den Alliierten und Deutschland erfolgt, und das ist die große Friedenskraft des Dawesplanes. Der Da-

wesplan kann nur dann wirksam sein, wenn eine Annäherung zwischen den Alliierten und Deutschland stattfindet, jenen Deutschland, dem bedeutsame Kredite jenes Wirtschaftskörpers, der Europa heißt, zugeführt werden. Entweder findet eine Neubildung dieses Wirtschaftskörpers statt oder man geht einem Wirtschaftskrisis und damit einer fürchterlichen Katastrophe entgegen. (Beifall auf allen Bänken.)

Nachdem Herriot dann davon gesprochen hatte, daß die französische Regierung die Pflicht habe, in Deutschland zwischen demokratischen Elementen, die mühselig im Interesse des Friedens kämpfen, und den nationalistischen Elementen zu unterscheiden, wandte er sich dem schwierigen Problem der interalliierten Schulden zu. Ueber die Anleihe sagte er, es müsse einmal der Anfang gemacht werden, indem man Deutschland die 800 Millionen vorschiebt.

Unter dem Beifall des gesamten Hauses erklärte Herriot dann, wenn die Menschen in Europa endlich wieder einmal zu geschlichen Zuständen gelangen sollen, so müsse die Festung des Militarismus zerstört werden. Er hoffe hierbei auf die Unterstützung der deutschen Demokraten. Mit stetig steigender Erregung versicherte Herriot dann, daß der Londoner Konferenz vorzuziehen sei, ein neues Zeitalter zu beginnen. Er sagte dann, daß auch die andere Mission, daß Deutschland ruiniert werden müsse, damit Frankreich blühe, nicht den Frieden zu gründen vermocht hätte; aber man hätte sehr rasch gemerkt, daß wenn Frankreich von Deutschland Zahlungen erhalten wolle, Deutschland das Gleichgewicht wiedergewinnen werden müsse. Wer den Frieden haben will, muß ihn sich verdienen! Frankreich braucht Ruhe. Das Ergebnis, das alle erstreben, werde nicht erreicht auf dem Wege des Zwanges oder mit dem System der Ultimaten.

Zum Schluß seiner Ausführungen hob Herriot hervor, daß die französische Regierung nicht gestand mache, daß sie außerordentliche Vorteile erziele, daß sie große Siege errungen habe. Sie behaupte vielmehr, ein ehrenvolles Werk erreicht zu haben, ein Werk der Weisheit und Vernunft. Sie schenke Ihnen nicht den Frieden, aber sie bringe Ihnen den Beginn der Hoffnung auf Frieden. Zweifelloser leben wir noch nicht im Lichte der Sonne, die herab und heiter auf uns herabschaue und die Arbeit des anständigen und gedulden Arbeiters benötige. Aber wenn wir noch nicht das volle Licht jenes Tages sehen, so sei es doch der erste Schein der Morgenröte, die uns das Ende der Nacht ankündige, die wir mit so viel Schmerz durchschritten haben und die mit so viel Blut getränkt gewesen sei.

Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen und bereiteten Herriot stürmische Ovationen.

Die Gegner der Regierung.

W. Paris, 25. Aug. Bei der Abstimmung der Kammer in der vergangenen Nacht haben gegen die Vertrauensabstimmung gestimmt: 20 Kommunisten, 14 Demokraten, ein Mitglied der Radikalen republikanischen Linken, 30 Mitglieder der demokratisch-republikanischen Linken, 14 Republikaner, 7 Mitglieder der demokratisch-republikanischen Union und 20 Wähler. 32 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten. Sämtliche übrigen stimmten für die Vertrauensabstimmung.

Monatsfest 10 Tage später (Ursprüngl. Termin: 5. 9. Späterster Termin: 21. 9.).

Frankreich, Belgien liefern als Steuern u. Meingewinne: alle 10 Tage, zum ersten Male 10 Tage nach der ersten Feststellung (Ursprüngl. Termin: 25. 8. Späterster Termin: 11. 9.).

Die zweite Feststellung der Repto:

(35 Tage später) (Ursprüngl. Termin: 20. 9. Späterster Termin: 7. 10.).

Deutschland hat Gesetze angenommen und verkündet, die Uebereinstimmung der Eisenbahn- und Eisenbahngesellschaften der Eisenbahn und Industrie vergeben.

14 Tage später (Ursprüngl. Termin: 15. 8. Späterster Termin: 1. 9.).

Die wirtschaftliche und fiskalische Einheit des Reiches wird wieder hergestellt:

- a) Befreiung aller Beschränkungen der wirtschaftlichen und fiskalischen Gesetzgebung,
- b) Rückgabe aller Bergwerke und anderen beschlagnahmten Regiebetriebe,
- c) Zurückziehung besonderer Pfänderausbeutungsstellen,
- d) Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen vorbehaltlich des Rheinlandsabkommens.

Am Tage der 2. Feststellung:

Uebergabe der Eisenbahn an die Eisenbahngesellschaft (Ursprüngl. Termin: 20. 9. Späterster Termin: 7. 10.).

14 Tage später (Ursprüngl. Termin: 5. 10. Späterster Termin: 22. 10.).

Uebergabe der französisch-belgischen Regiebetriebe (Uebergabe soll in 6 Wochen beendet sein) (Ursprüngl. Termin: 20. 11. Späterster Termin: 7. 12.).

Die endgültigen Termine werden bekannt gegeben, sobald sie feststehen.

Republikanische Rundgebung in Dortmund.

TU. Dortmund, 24. Aug. Von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Verband, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, dem Friedensgesellschaft, dem Bund der Kriegsschädigten und der Kriegshinterbliebenen wurde heute hier eine republikanische Rundgebung veranstaltet, die trotz des ungünstigen Wetters eine zahlreiche Beteiligung aufwies. Um 2 Uhr ordneten sich die Verbände und Vereine zu einem Demonstrationszug.

Im großen Saale des Friedensbaums, der dicht gefüllt war, hielten der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, D. H. Mann, und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Falkenberg, kurze Ansprachen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Die Versammelten brachten ein dreifaches Hoch auf die deutsche Republik aus. Daran schlossen sich Gesangsvorträge und die übrigen Festarbeiten an. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Das Attentat auf General v. Cserdi.

TU. Berlin, 22. Aug. Die von der Staatsanwaltschaft in dem bekannten Prozeß gegen den Fabrikanten Dr. Gröndel und den Kaufmann Thormann eingeleitete Revision ist jetzt fertiggestellt und wird dem beiden, in dem Attentatsprozeß verurteilten Personen jetzt zugestellt werden. Die Revision wendet sich in der Hauptsache gegen die

bisher geübte und auch vom Oberreichsanwalt Obermayer vertretene Auslegung, daß der Mörder an einem Attentat strafflos sein soll, wenn der Mörder nicht den ersten Willen gehabt hat, die Tat zu begehen. Der ganze Fall dürfte in diesem Herbst noch einmal die Gerichte beschäftigen unter der Voraussetzung, daß sich Thormann noch in Deutschland befindet; anderenfalls dürfte die Verhandlung gegen ihn von dem neuen Prozeß gegen Dr. Gröndel abgetrennt werden.

Das Reichswahlgesetz.

Annahme im Reichstag.

TU. Berlin, 25. Aug. Im Reichstag wurde das Reichswahlgesetz nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Die Abgeordnetenziffer wird danach auf 399 festgelegt bei je 75 000 Stimmen (bisher 60 000). Auf alle Fälle wird sichergestellt, daß 399 Abgeordnete gewählt werden. Wird diese Ziffer nicht erreicht, so findet eine Ergänzung aus dem Kreiswahlvorschläge statt. Wird die Ziffer überschritten, so findet ein Witzsch von der Reichswahlstätte statt.

Die bisherigen Wahlkreisverbände sind beibehalten, werden aber in eine größere Zahl von Wahlkreisen zerlegt. Ein Kreis umfaßt im Allgemeinen nur 380 000 Einwohner und die Wahlvorschläge für einen Kreis enthalten nur einen oder höchstens 2 Bewerber, wodurch der Grundsat der persönlichen Wahl im Gegensatz zur Listenwahl wieder zur Anerkennung kommt. Neben der automatisch eintretenden Verbindung von Wahlvorschlägen mit einem gleichen Kennwort der Partei sollen auch andere Verbände kraft besonderer Erklärung möglich sein. In gewissen Fällen sind auch zur Wahrung landsmannschaftlicher Gemeinschaft Verbindungen sogenannter Länderguppen zugelassen.

Die Rentenmark bleibt stabil.

TU. Berlin, 25. Aug. Die deutsche Rentenbank teilt mit: Es mehren sich Anzeichen, daß Gerüchte über eine angeblich in Aussicht stehende Entwertung der Rentenmark verbreitet werden. Diefelben sind anscheinend aus unautoren Gründen in Umlauf gesetzt zu dem Zweck, die Abstoßung bisher zurückgehaltener Waren zu ermöglichen. Die Rentenbank soll veranlaßt werden, ihre Sparfingern herauszugeben und sie in Waren anzulegen. Alle derartigen Äußerungen sind völlig haltlos und entbehren jeder Grundlage. Die Rentenmark ist in ihren Werten, wie es hinreichend bekannt sein sollte, durch eine goldbezugsfähige erstklassige Belastung der deutschen Landwirtschaft und Industrie völlig gesichert. Die Annahme des Sachverständigenratsschlusses hat für die Rentenmark keinerlei Verminderung im Gefolge. Sie wird auch danach noch eine Reihe von Jahren als vollständig Zahlungsmittel im Umlauf bleiben und erst nach und nach durch die neue Währung der Goldnotenbank in vollem Werte abgelöst werden, wobei eine Rentenmark — eine neue Reichsmark gilt.

Die Völkervereinigung in Genf.

TU. Genf, 25. Aug. Am Montag, den 1. September beginnt die 5. Versammlung des Völkerverbundes. Präsident ist der belgische Außenminister Humans. Wie bekannt, werden zu dieser Versammlung MacDonald und Herriot erwartet, voraussichtlich werden auch Mussolini und der spanische Ministerpräsident Prieto de Rivera erscheinen. Außerdem ergehen verschiedene Außenminister und ausländische Abordnungen. Auf der Tagesordnung stehen 25 Punkte, u. a. Entgegennahme des Tätigkeitsberichts des Rates und verschiedener Kommissionen, so der Finanzkommission über das österreichische und ungarische Sanierungswerk, dann aber vor allem auch die berühmte Abrüstungsfrage, bei deren Behandlung es wohl zu einer interessanten und eingehenden Aussprache kommen wird.

Mittwoch Beginn der Finanzberatungen in Wien.

TU. Wien, 24. Aug. Die Delegierten der Finanzkommission des Völkerverbundes treffen Dienstag in Wien ein und werden bereits Mittwoch mit der Regierung und den führenden Vertretern der Finanz- und Handels der Beratungen aufnehmen. Die Konferenzen werden ca. 14 Tage dauern. Wadman werden sich die Delegierten zusammen mit den Vertretern der österreichischen Regierung zur Teilnahme an den Beratungen des Völkerverbundes nach Genf begeben.

Konferenz der Interparlamentarischen Union.

Neben von Loeb und Wirth.

TU. Bern, 24. Aug. Die 22. Konferenz der interparlamentarischen Union ist vom Bundespräsidenten Motta eröffnet worden. Der Führer der Schweizer Delegierten de Meuron wurde zum Vorsitzenden ernannt. Der Bundesrat Motta betonte in seiner Begrüßungsansprache besonders den Gedanken der internationalen Schiedsgerichtspartei, der zur Begründung der interparlamentarischen Union Veranlassung gab. Er erklärte, daß zwar Dänemark, Portugal und die Schweiz mit dem Beispiel der Annahme der obligatorischen Schiedsgerichtspartei vorgegangen seien, daß aber bis jetzt leider von den Großmächten noch keine einzige gefolgt sei. Der internationale Schiedsgerichtshof könne aber nur dann seine Aufgabe erfüllen, wenn die Großmächte sich entschließen, das Beispiel der kleinen Staaten nachzuahmen.

Im Laufe der allgemeinen politischen Aussprache in der interparlamentarischen Konferenz hielt der frühere Reichspräsident Loeb eine mit großem Beifall aufgenommene Rede. Er stellte zunächst fest, daß der Grundgedanke der Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch die Londoner Verhandlungen einen großen Erfolg davontrug. Allerdings, sagt Loeb, brachte auch London nicht die Räumung der Ruhr. Aber nichtsdestoweniger schufen die Verhandlungen eine neue Atmosphäre. Das ist der Grund, auf dem wir die Londoner Beschlüsse annehmen. Falls der Reichstag verlangen sollte, würde das friedliebende deutsche Volk aufgerufen werden. Loeb ging auf das Völkerverbundproblem über und sprach die Hoffnung aus, daß die Tagung der Konferenz die letzte sein werde, worin noch Zweifel bestehen könne, daß Deutschland nicht dem Völkerverbunde eingereiht werde. Er drückte den Wunsch aus, daß die nächstjährige Konferenz in Washington den Beitritt Amerikas zum Völkerverbunde fördern möge. Neben trat eindringlich dafür ein, daß ein neutrales Schiedsverfahren auf der Grundlage der Schiedsgerichte im besetzten Gebiet geschaffen werde, und schloß mit einem lebhaften Appell an den Geist der internationalen Verständigung und Versöhnung.

In der Nachmittagsansprache hielt der frühere Reichspräsident Wirth eine längere politische Rede, die im wesentlichen den deutsch-französischen Beziehungen galt und die sehr oft von starkem Beifall unterbrochen wurde. Im Verlauf der Aussprache stellte er mit Befriedigung fest, daß nach dem die Amerikaner hierher gekommen seien,

sich plötzlich ein f... Es war stets die großen Nationen, Welt so viel gegeben. So groß in Entschlossenheit war, traten die Pflicht, Deutschlands und haben. Man muß n... wolle man zum S... Strich unter d... Dann dürfen auch der deutschen Demo... endlich viel getan f... fall und Zusammen... nen den Bolschewis... traten aber, die tri... Vorkämpfer für die... find und daß es an... nern die Demokratie... sich gleichzeitig von... der Weg war lang... brach, daß die Rep... Lebenskraft und b... der Wirtschaft

Wie die Idee...

TU. Budapest, 25. Aug. Die deutsche Regierung stellt die Idee der deutschen Kräfte gemeldet:

Die deutschen... leitung eines Be... auf die Volksbewe... Oberstadthauptman... fehl der angebl... Jelle vorgeführt i... malbeamtet hat Se... Als der falsche H... wurde, betrauchtete... Minuten aufmerk... sagte: „Sie sind s... es. Darauf rief i... die Umstände un... lerten und unter... in's Gedächtnis... Abrede. Darauf s... beamte einige L... den anwesenden... Mehrheit war m... möglich war. D... treter mußte zuffri... in die Jelle zurück... Gefängnis der S... gaffe überführt w... Nachdem die... Heinrich Förster a... sich das Interesse... Hg. Schmöbs zu... rich Schneider, de... mit der Schwelpe... verlorb hat, befin... des Hg. Schmöbs... rad Meyer nenn... deutschen Krimina... fonalbeschreibung... der er bei seiner... Protokoll unterfer... sie zur Ueberzeugu... Konrad Meyer m... der des Minister... lassen identisch ist... eines rundenförm... schenlich, daß er U... nimmt die mehr an... Parteilosen des d... der Umgebung w... Nach der Konf... fchen Kriminalsea... der nach Ueberbr... Minister für Neusch... dings die Ustli... Der Minister erkl... rung in der nach... einer Note der... werde. Nach wie v... schenlich, daß die... leistung des Deu... te bereits gemel... Anstalt find, daß e... handelt und eine... komme, wenn Deu... von Ungarn gejud... Deutschland aufhal...

Nachdem die... sich das Interesse... Hg. Schmöbs zu... rich Schneider, de... mit der Schwelpe... verlorb hat, befin... des Hg. Schmöbs... rad Meyer nenn... deutschen Krimina... fonalbeschreibung... der er bei seiner... Protokoll unterfer... sie zur Ueberzeugu... Konrad Meyer m... der des Minister... lassen identisch ist... eines rundenförm... schenlich, daß er U... nimmt die mehr an... Parteilosen des d... der Umgebung w...

Nach der Konf... fchen Kriminalsea... der nach Ueberbr... Minister für Neusch... dings die Ustli... Der Minister erkl... rung in der nach... einer Note der... werde. Nach wie v... schenlich, daß die... leistung des Deu... te bereits gemel... Anstalt find, daß e... handelt und eine... komme, wenn Deu... von Ungarn gejud... Deutschland aufhal...

Auslieferungsent...

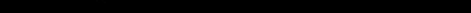
Budapest, 25. Aug. Die deutsche Regierung hat Erlasse zur Vermeidung von Grenzkontrollen gegen Flüchtlinge erlassen. Infolge dieser Erlasse werden die Flüchtlinge in der Regel ohne weitere Kontrollen in die Heimat gelassen. Die deutsche Regierung betont, daß diese Maßnahme nur eine vorläufige sei und daß sie die Verantwortung für die Flüchtlinge nicht übernehme.

Ein englischer...

TU. London, 24. Aug. Die britische Regierung hat beschlossen, einen Teil der britischen Flotte in die Ostsee zu entsenden. Die Flotte wird aus dem britischen Kreuzer „HMS Devonport“ und dem britischen Zerstörer „HMS Zepherus“ bestehen. Die Flotte wird in der Ostsee verbleiben, um die britische Interessen zu schützen und die britische Flotte zu demonstrieren.

Englan...

TU. London, 24. Aug. Die britische Regierung hat beschlossen, einen Teil der britischen Flotte in die Ostsee zu entsenden. Die Flotte wird aus dem britischen Kreuzer „HMS Devonport“ und dem britischen Zerstörer „HMS Zepherus“ bestehen. Die Flotte wird in der Ostsee verbleiben, um die britische Interessen zu schützen und die britische Flotte zu demonstrieren.



Die im ganzen
14 Prozent nach-
trag, war die S-
penpreise ausschla-
ber Geld- und A-
ren war ein Nü-
Ausfallgebend
war die Gerabst-
preise und eine
Lederwaren im
Einen Preisrück-
brauchsäuter (H-
Produktivgüter
verzeichnen Der
aus im Zeichen
Die Entwicklung
Ausfuhr und ch-

Handel / Industrie / Verkehr.

Essener Credit-Anstalt Bochum
Wilhelmstraße 20. Fernspr. 4070-4074.

Amtliche Berliner Devisen-Kurse.
(In Billionen Mark.)

Für drabl. Auszahl.	Zu- tell.	25. August	22. August	22. August	22. August
Holländ.	100%	162.79	163.61	162.79	163.61
Belg.	100%	20.90	21.00	20.90	21.00
Norweg.	100%	67.85	68.03	67.85	68.03
Dänem.	100%	67.75	68.03	67.75	68.03
Schweden	100%	111.22	111.78	111.22	111.78
Italien	100%	18.55	18.69	18.55	18.69
England	100%	18.80	18.89	18.80	18.89
Frankr.	100%	22.59	22.71	22.59	22.71
Schweiz	100%	78.55	78.60	78.55	78.60
Spanien	100%	55.56	55.84	55.56	55.84
Dtsch.-Ost	100%	5.925	5.945	5.925	5.945
Tsch.-Slow.	100%	12.59	12.63	12.59	12.63
Ungarn	100%	5.49	5.54	5.49	5.54

Bei den Devisenkursen kommen in Betracht für New-York und London eine Einheit, für Amsterdam, Brüssel, Christiania, Kopenhagen, Stockholm, Italien, Paris, Schweiz, Spanien, Prag 100 Einheiten, für Wien und Budapest 10000 Einheiten.

Der deutsche Außenhandel und die Preisbewegung.

Das Merkmal des deutschen Außenhandels des ersten Halbjahres 1924 ist der außerordentlich hohe Einfuhrüberschuss von über 1,6 Milliarden M. An dieser hohen Passivität ist hauptsächlich die Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigwaren beteiligt.

Die Ausfuhr insgesamt ist zwar gegenüber dem ersten Halbjahre 1923 auch zurückgegangen, indes nicht in erheblichem Maße. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren war fast genau so hoch wie im ersten Halbjahre 1923, dagegen betrug die Ausfuhr von Fertigwaren im ersten Halbjahre 1924 rund 10 Prozent weniger als die Ausfuhr im ersten Halbjahre 1923.

Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken weist gegenüber dem ersten Halbjahre 1923 eine gewaltige Steigerung um 40 Prozent auf. Die Einfuhr der Rohstoffe und halbfertigen Waren ging im ersten Halbjahre 1924 gegenüber dem ersten Halbjahre 1923 um mehr als 100 Mill. M. zurück. Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren entfällt, haben einen maßgeblichen Anteil an der Steigerung des Einfuhrwertes dieser Warengruppe. Ferner sind wesentlich beteiligt Getreide, Rohstoffe und Mineralien. Erheblich zurückgegangen ist die Einfuhr von Holz, Steinkohle und Koks. Auch die Eiseneinfuhr ziffern weist einen erheblichen Rückgang auf. An Fertigwaren wurden im ersten Halbjahre 1924 fast 1 Million M. mehr als im ersten Halbjahre 1923 eingeführt, wobei Textilien, Gemische, Leder, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse und Kraftfahrzeuge hervorragen beteiligt sind. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ging um rund 7 Mill. M. zurück. An dem mengenmäßigen Rückgang sind hauptsächlich beteiligt: Steinkohle, Koks, Eisen, Erben und Rohstoffe. Die Ausfuhr von Fertigwaren ging um rund 3 Millionen M. zurück, wobei ein Hauptanteil auf Textilwaren und chemische und pharmazeutische Erzeugnisse entfällt. Eine Ausfuhrsteigerung gegenüber dem ersten Halbjahre 1923 erzielten nur Kunststoffe und Metallgegenstände. Waren aus Glas, Papier, Papieren, Soda, Glas und Glaswaren, Waren aus Kupfer, elektrotechnische Maschinen, sonstige elektrotechnische Erzeugnisse und Wasserfahrzeuge.

Im Juni ist eine sehr starke Verminderung der Einfuhr zu erkennen. Die Verminderung der Einfuhr hauptsächlich von den Gruppen der Rohstoffe und Lebensmittel aus, während die Gruppe der Fertigwaren steigende Tendenz hat. Stärker noch als die Einfuhr der Lebensmittel ist im Juni die Einfuhr der Rohstoffe und halbfertigen Waren gesunken. Hieran sind fast gleichfalls alle Warenarten beteiligt. Bei den Fertigwaren hat im Juni die Einfuhr im Gegensatz zu Lebensmittel und Rohstoffen zugenommen. Sie beruht vor allem auf einer sehr starken Einfuhrvermehrung der Holzwerkzeugen und Eisenwaren. Die Fertigwaren weisen im Juni fast durchweg Ausfuhrüberschüsse auf.

Die Großhandelspreise stehen seit einigen Wochen stark unter dem Einfluss der Preisrückgänge am Getreidemarkt. Die Preisrückgänge der Ausfuhr wirkt besonders auf den Weizenpreis, der weit unter dem Weltmarktpreis lag, steigend. Von anderen Nahrungsmittelpreisen ist besonders die Steigerung der Schweinepreise zu bemerken, denen sich in letzter Zeit sämtliche Viehsorten (ausgenommen Hammel) anschließen.

Hinsichtlich der Industriefaktoren macht sich der Preisrückgang viel stärker bei den Fertigwaren als bei den Rohstoffen bemerkbar. Von den Eisenwaren ist die Einfuhr nach wie vor im Preise unverändert. Dagegen hat sich Stahlfabrik und Formeln nicht unwesentlich vermindert. Mit noch erheblich niedrigeren Preisen soll Eisen aus Verbraucherteilen verkauft werden, welche die in der Inflationszeit aufgeschobenen Verluste zu jedem Preise abzufüllen suchen. Der Metallmarkt ist im großen und ganzen fester geworden, was in der Hauptsache auf internationale Einflüsse zurückzuführen ist. Die schon Anfang Juli bemerkte Erholung der Kupferpreise hat sich jetzt angehalten. Auf dem Textilmarkt wird sich ein bemerkenswerter Preisrückgang immer noch nicht durchgehen.

Die im ganzen rückläufige Bewegung der Baukostenpreise hat sich weiter fortgesetzt. Einen wesentlichen Anteil daran haben die Baukostenpreise, die um 14 Prozent nachgegeben haben. Für die Preisbewegung der Rohstoffe, deren Rückgang 4 Prozent beträgt, war die Senkung der Mauerwerks- und Dachpappenpreise ausschlaggebend.

Die Fertigwarenpreise standen unter der Herrschaft der Geld- und Kreditkrise. Im Durchschnitt aller Waren war ein Rückgang um 6 Prozent zu beobachten. Ausschlaggebend für die Senkung der Industriefaktoren war die Herabsetzung der deutschen Rohstoffe- und Eisenpreise und eine Senkung der Preise für Textil- und Lederwaren im Stadium der ersten Verarbeitung. Einen Preisrückgang haben daher vor allem die Verbrauchsgüter (Nahrung und Kleidung) und weniger die Produktionsgüter (Maschinen und Handwerkszeug) zu verzeichnen. Der Preisrückgang im Juli reicht also durchaus im Zeichen der rückläufigen Inflationskonjunktur. Die Entwicklung des Außenhandels, der eine sinkende Ausfuhr und eine steigende Einfuhr von Fertigwaren

aufweist, zeigt, daß die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande noch nicht wieder erreicht ist.

Rohstoffförderung.

* Essen, 25. Aug. Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Woche vom 10.-16. Aug. im gesamten Ruhrgebiet (ohne die von der Regie betriebenen drei Steine und zehn Koksereien) in 6 Arbeitstagen 1 877 024 T. Koks gefördert (auf das beste Gebiet entfielen davon 1 727 850 T.), gegen 1 824 191 (1 687 807) T. in der vorhergehenden Woche bei ebenfalls 6 Arbeitstagen. Die Kokszeugung stellte sich in der Berichtwoche in 7 Arbeitstagen (in den Koksereien wird auch Sonntags gearbeitet) auf 369 884 (besteres Gebiet 337 675) gegen 372 126 (340 085) T. in der vorhergehenden Woche. Die arbeitstägl. Koksleistung - immer ohne die bestes Gebiet - betrug in der Woche vom 10.-16. Aug. im gesamten Ruhrgebiet 312 837 T. (gegen 304 032 T. in der vorhergehenden Woche und 368 681 T. im Jahre 1913), die tägliche Kokszeugung 52 841 T. (53 161 bzw. 62 718 T.). Im besten Gebiet ergab sich eine arbeitstägl. Koksleistung von 287 892 T. (281 301 bzw. 348 536 T.) und eine tägliche Kokszeugung von 48 239 Tonnen (48 584 bzw. 58 338 T.).

Eröffnung der Rheinisch-Westfälischen Tabakmesse in Essen.

* Essen, 25. Aug. Gestern nachmittag wurde hier in den Räumen des Städtischen Saalbaus in Gegenwart von Vertretern der Behörden und Wirtschaftsorganisationen die dritte Rheinisch-Westfälische Tabakmesse eröffnet. Der Zweck der Messe ist die Förderung der Tabakindustrie und der Handel mit Tabak. Die Messe ist von etwa 200 Ausstellern aus ganz Deutschland besucht und dauert vom 23. bis 27. August.

Die Begrüßungsrede hielt Herr Feldmeyer vom Gau Rheinland-Westfalen des Verbandes deutscher Zigarrenfabrikanten, der u. a. auf die durch die Annahme des Dames-Planes bedingte Erhöhung der Tabaksteuer hinwies. Da auch die Preise für Rohstoffe bereits angehoben hätten, würde eine Erhöhung der Preise für Tabakfabrikate in nächster Zukunft unvermeidlich sein. Der Redner brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß der Verkauf der gegenwärtigen Messe den Beweis erbringe, daß Essen als der Mittelpunkt des bedeutenden deutschen Verbrauchs gewiß ein geeigneter Platz für die Veranstaltung von Fachmessen sei.

Als Vertreter der Stadt Essen sprach der Beigeordnete Dr. Seipel. Darauf begrüßte Dr. Schacht als Vertreter der Industrie- und Handelskammer Essen, die Erschienenen.

Über den geschäftlichen Verlauf der Messe läßt sich heute noch nichts sagen, doch ist zu hoffen, daß der Erfolg den Bemühungen, den Besuchern nur das Beste zu bieten, in etwa entspricht. Für die künftige Gestaltung der Tabakindustrie des rheinischen Bezirks dürfte die bevorstehende Aufhebung der Zinnzolllinie von großer Bedeutung sein.

* Phänix, A.-G. für Braunkohlenverwertung in Berlin. Der Betrieb wurde im Geschäftsjahre 1923/24 laut Bericht durch verschiedene äußere Ursachen gestört. Durch die wiederholten Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenrevier im August, Oktober und November fielen 20 Arbeitstage aus. Ferner bestand von Oktober ab in Heiligenbrunn ein erheblicher Mangel an Kohlen, so daß die Gesellschaft gezwungen war, neun Feuerstätten einzustellen. Mit nur 275 Arbeitstagen im Berichtsjahre wurde der niedrige Stand bei Bestehen der Gesellschaft erreicht. Die Förderung betrug im Jahre 1923/24 in 275 Arbeitstagen 1 257 824 T. gegen 1 392 520 T. in 1922/23 und 1 205 226 T.

1921/22 und 1 060 676 T. in 1913/14. Der Leistungsfaktor je Kopf und Schicht betrug 2,28 T. = 46,5 Proz., gegen 4,90 T. = 100 Proz. in 1913/14; die Bruttoerzeugung betrug in 1923/24 498 000 T. gegen 500 000 T. in 1922/23 und 443 000 T. in 1921/22 und 388 000 T. in 1913/14. Die wirtschaftliche Gestaltung des Braunkohlens wurde ununterbrochen fortgeführt. Das Tochterwerk Sirena arbeitete unter ähnlichen Verhältnissen wie Phänix. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung kann ein Bild über den Stand der Gesellschaft nicht geben, da die aufgeführten Zahlen zum größten Teil durch die Entwertung bedeutungslos geworden sind. Der rechnerische Uberschuss beträgt einschließlich des Vorrats aus dem Vorjahre 274 226 Mill. M., der zur Verfügung der Generalversammlung verbleibt. Es wird beantragt, den Uberschuss wie folgt zu verteilen: 1/4 v. Z. Dividende an die Beteiligungsaktion 12 000 M., 1 Proz. Dividende (gleich 10 M.) auf 1000 M. nominal an die Stammaktion 170 000 M. Der Rest wird zur Verwertung bei der Goldmarkbilanz vorgetragen.

* Neuwäsen zur Zülförderung Industrie- und Handelskammer. Bei der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf finden Ende dieses Jahres Neu- und Ergänzungswahlen statt. Für die Wahl ist der Kammerbezirk in vier Wahlbezirke eingeteilt. Jeder Wahlbezirk umfaßt mehrere Wahlgruppen. Die Wahllisten, welche die Namen der wahlberechtigten Firmen enthalten, liegen in der Geschäftsstelle der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 47, zur Einsicht auf. Dort sind auch die näheren Einzelheiten über die Wahl zu erfahren.

* Carotti A.-G. in Berlin. Die außerordentliche Hauptversammlung beschloß das Geschäftsjahr auf das Kalenderjahr zu verlegen und genehmigte die Umstellung des Aktienkapitals im Verhältnis von 50:1. Das Grundkapital beträgt nach der Umstellung 8 Mill. Goldmark. Der Vorbericht führte aus, daß das Geschäft im ersten Halbjahr sehr günstig war, und wenn sich das zweite Halbjahr ebenso gut ansehe, so könnten die Aktionäre mit einer befriedigenden Dividende rechnen.

* Anhaltische Kohlenwerke A.-G. in Halle. Die Gesellschaft wird in der Markt neue Braunkohlenbergwerke errichten und hat vom Oberbergamt Halle Kohlenfelder verliehen erhalten: „Großfriedrich“ in der Gemeinde Mausow und der Oberförsterei Timmritz (Kr. Osterburg); „Siegeshof“ in der Gemeinde Mausow und der Oberförsterei Timmritz und Rabach (Kr. Ost- und Westpreußen).

* Alle Bergbau A.-G. in Neu-Weilow. Die Gesellschaft hat neue Braunkohlenfelder in der Markt erworben und erhielt vom Oberbergamt Halle das Bergwerkseigentum auf Braunkohle verliehen unter dem Namen „Waldenbruch“ in der Gemeinde Stier (Kreis Königsberg).

Berliner Börsenbericht. Berlin, 25. Aug. Wenn auch die Börse in ihrem Optimismus hinsichtlich der schließlichen Zustimmung des Reichstages zu den Londoner Abmachungen festhält, so beharrt sie doch bis zum Eintritt der endgültigen Entscheidung in den Dividendenpapieren ziemlich zurückhaltend. Das Geschäft in diesen war nicht sehr bedeutend, bei nicht ganz einheitlicher Kursbildung, wobei insbesonders Kurssteigerungen von durchschnittlich 1 bis zu vereinzelt 3 Proz. für führende Montan- und Kaliaktien überwiegen. Für heimische Rentenpapiere hingegen erhielt sich der große Auftrieb der Spekulation das festliche Interesse. Alle Reichsanleihen und Konsole sowie die Kriegsanleihen der Länder, Provinzen und Städte stiegen bei erheblichen Umsätzen weiter. Wenn auch später in Aktien und Rentenpapieren die erzielten Höchstnotierungen nicht aufrechterhalten werden konnten, blieb die Grundstimmung doch fest. Der Geldmarkt blieb unverändert leicht. Am Devisenmarkt hat sich nichts von Bedeutung verändert.

Dresdner Bank Humboldtstraße 10.

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte. Annahme von werthbeständigen Depositen-Einlagen zu zeitgemäßen Zinssätzen.

Berliner Börsen-Kurse vom 25. August 1924.

25.		22.		25.		22.		25.		22.		25.		22.	
Bankarten		in Bill. %		Boch, Gußstahl		Bödingh., Rel.		Görlich, Wagg.		Hacketh, Draht		Deckung, Stahlw.		Oranot, Koppel	
Barm. Bank	2.1	1.9		52.2	61.0	1.7		4.9	3.2	4.2	3.7	38.0	37.5	19.0	18.0
Berl. Handelsg.	28.0	30.5		2.0	1.7	30.0	31.0	68.0	64.0	11.1	11.1	38.0	36.5	26.5	25.5
Ber. Privatb.	0.0	6.0		30.0	30.0	29.5		11.1	11.1	6.0	6.0	26.5	25.5	26.5	25.5
Darmst. Bank	9.8	9.5		24.5	24.7	24.5	24.7	6.7	6.7	7.1	7.1	26.5	25.5	26.5	25.5
Disconto-Ges.	11.6	11.2		18.0	18.0	24.5	24.7	6.7	6.7	7.1	7.1	26.5	25.5	26.5	25.5
Dresdner Bank	12.9	12.9		12.5	12.5	24.5	24.7	6.7	6.7	7.1	7.1	26.5	25.5	26.5	25.5
Eis. Cred. Anst.	3.0	3.0		12.5	12.5	24.5	24.7	6.7	6.7	7.1	7.1	26.5	25.5	26.5	25.5
Reichsbank	45.5	43.2		9.0	9.0	24.5	24.7	6.7	6.7	7.1	7.1	26.5	25.5	26.5	25.5
Braunveraktien				Busch Wagg		Chem. Griesh.		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Boch, Viktor	8.5	8.9		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Darmst. Akt.	25.0	25.0		64.0	65.0	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Darmst. Union	37.5	36.2		64.0	65.0	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Glückauf-Ges.	16.2	16.2		64.0	65.0	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Müser-Lungend.	23.0	23.0		64.0	65.0	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Schlag, Scharr.	33.0	33.0		64.0	65.0	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Schulthess-Pa.	23.0	23.0		64.0	65.0	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Wicküler-Kupp.	35.0	35.0		64.0	65.0	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Schiffahrtaktien				Chem. Griesh.		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Dtsch.-Austr. D.	28.2	26.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Dtsch.-Ostarr. G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener Sp.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener Sp.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener Sp.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener Sp.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener Sp.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener Sp.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener Sp.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Aachener G.	2.8	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Am. Pak.	28.0	28.4		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Hamb. Süd.	28.2	28.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Haus-Dampfs.	12.4	12.2		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Kosmos	21.0	0.0		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Nordd. Lloyd	7.1	6.8		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0	30.9	31.0	30.9
Industriaktien				Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Chm. F. Buckwag<th colspan="2">Hilpert Masch.</th><th colspan="2">Hirsch Kupfer</th><th colspan="2">Reisholz Papier</th><th colspan="2">Rh. Braunkohle</th></th>		Chm. F. Buckwag <th colspan="2">Hilpert Masch.</th> <th colspan="2">Hirsch Kupfer</th> <th colspan="2">Reisholz Papier</th> <th colspan="2">Rh. Braunkohle</th>		Hilpert Masch.		Hirsch Kupfer		Reisholz Papier		Rh. Braunkohle	
Aachener Led.	4.25	4.1		16.7	16.7	64.0	65.0	4.7	5.0	26.9	27.7	31.0			

